

Deutschland-Hildesheim: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 15/2023 20/01/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Hochwasserschutzverband Innerste c/o Landkreis Goslar
Postanschrift: Marie-Wagenknecht-Straße 3
Ort: Hildesheim
NUTS-Code: DE925 Hildesheim
Postleitzahl: 31134
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@landkreis-goslar.de
Telefon: +49 532176199
Fax: +49 53217699199
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/ADEC7179-CEF4-4AA7-929D-2F3D6E8EBE9A
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/ADEC7179-CEF4-4AA7-929D-2F3D6E8EBE9A
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Landkreis Goslar
Postanschrift: Klubgartenstraße 6
Ort: Goslar
NUTS-Code: DE916 Goslar
Postleitzahl: 38640
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@landkreis-goslar.de
Telefon: +49 532176199
Fax: +49 53217699199
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.landkreis-goslar.de
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.deutsche-evergabe.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: HOCHWASSERSCHUTZVERBAND

I.5.

Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: HOCHWASSERSCHUTZ

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neubau des Hochwasserrückhaltebeckens Nette 04 Bockenem

Referenznummer der Bekanntmachung: 2023-07

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Das zu beplanende Hochwasserrückhaltebecken gehört zu einem Gesamtkonzept von Anlagen zum Hochwasserrückhalt an der Innerste und Nebengewässern. Ziel ist es, Hochwasserwellen zu dämpfen, das Schadenspotenzial durch Hochwasserereignisse zu reduzieren und ablaufende Hochwässer beherrschbarer zu machen.

Im Rahmen der Genehmigungsplanung sind die notwendigen Unterlagen für ein wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren gem. § 68 WHG zu erarbeiten.

Das zu beplanende Hochwasserrückhaltebecken Nette 04 liegt an der Nette südlich von Bockenem.

Der Planungsvorschlag sieht ein HRB im Nebenschluss mit einem Stauraum von ca. 220.000 m³ und einer Beckenfläche von ca. 25 ha vor. Das Absperrbauwerk besteht demnach aus einem ca. 2.300 m langen Erddamm.

Nähere Informationen sind aus der Information zum Leistungsgegenstand zu entnehmen.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 335 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE925 Hildesheim

Hauptort der Ausführung: in den Vergabeunterlagen aufgeführt

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

I. Objektplanung Ingenieurbauwerke: LPH 1 - 9 gem. § 43 HOAI

II. Landschaftspflegerischer Begleitplan: LPH 1 – 4 gem. § 26 HOAI

III. Besondere Leistungen:

1. Örtliche Bauüberwachung
2. Einholung der Kampfmittelfreigabe und Zusammenstellung der Informationen zu Leitungen
3. Planungsbegleitende Vermessung
4. Bauvermessung
5. Biotoptypenkartierung und Kartierung geschützter Biotope im Planungsbereich
6. Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP)
7. Unterlagen zur Allgemeinen UVVP
8. Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) - optional
9. FFH-Verträglichkeitsprüfung - optional
10. Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie
11. 2-dimensionale hydraulische Berechnung

Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer zunächst nur die Leistungsphasen 1 bis 2 der Objektplanung Ingenieurbauwerk.

Der Auftraggeber beabsichtigt, dem Auftragnehmer bei Fortsetzung der Planung und Durchführung der Baumaßnahme die weiteren Leistungen einzeln oder im Ganzen zu übertragen. Die Übertragung erfolgt durch schriftliche Mitteilung. Der Auftraggeber behält sich vor, die Übertragung weiterer Leistungen auf einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken (abschnittsweise Beauftragung).

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualität des Projektteams / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Darstellung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität, Kosten und Termine / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Umgang mit der Aufgabenstellung / Gewichtung: 40

Preis - Gewichtung: 30

II.2.6. Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 335 000,00 EUR

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/07/2023 Ende: 31/07/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Juli 2023 - Juli 2024 (LPH 1 und 2 - Objektplanung Ingenieurbauwerk)

Danach: Freigabe weiterer Leistungen

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, erfolgt in einem vierstufigen Verfahren:

1. Zunächst wird geprüft, ob die Bewerbungen form- und fristgerecht eingereicht wurden.

2. Anschließend wird beurteilt, ob die Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Unterlagen grundsätzlich geeignet sind, die in Rede stehenden Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen, d. h. die geforderten Mindestanforderungen erfüllen.

Fehlen vereinzelt Unterlagen, kann der Auftraggeber unter Fristsetzung diese Unterlagen nachfordern, sobald ein Ausschluss nicht gesetzlich vorgesehen ist. Ein Anspruch der Bewerber auf Nachforderung durch den Auftraggeber besteht jedoch grundsätzlich nicht. Wenn innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist die nachgeforderten Erklärungen und Nachweise nicht vorgelegt und nicht aufgeklärt werden, erfolgt der Ausschluss vom weiteren Verfahren. Sollten mindestens fünf Teilnahmeanträge vorliegen, behält sich der Auftraggeber vor, keine Unterlagen nachzufordern und unvollständige Teilnahmeanträge vom weiteren Verlauf auszuschließen.

3. Anhand der zur Prüfung der Eignung des Bewerbers vorgelegten Erklärungen/Unterlagen der als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerber wird beurteilt, welche Bewerber besonders geeignet erscheinen und daher im weiteren Verfahren beteiligt werden sollen. Sollten mehr als drei geeignete Bewerber einen Teilnahmeantrag fristgemäß und vollständig einreichen und die Mindestanforderungen erfüllen, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den Bewerberkreis zu beschränken.

Bei der Auswahl der Teilnahmeunterlagen werden die einzelnen Kriterien wie folgt gewichtet:

Berufliche Leistungsfähigkeit:

- Projektleiter 50 %
- Bewerber 50 %

Die Vorgehensweise bei der Bewertung kann der Bewertungsmatrix (Vergabeunterlagen) entnommen werden. Im Hinblick auf die Bewertung der technischen bzw. beruflichen Leistungsfähigkeit des Projektleiters sowie des Bewerbers, sind die vorgelegten Referenzen maßgeblich. Im Rahmen der Bewertung der Eignung werden für den Projektleiter und den Bewerber jeweils bis zu drei abgeschlossene Referenzen (Leistungen müssen zwischen dem 01.02.2013 und dem 31.01.2023 abgeschlossen worden sein) aus der Eigenerklärung zur Eignung berücksichtigt. Weitere Referenzen werden nicht berücksichtigt.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben aus den vorgelegten Referenzen zu überprüfen. Bei falschen Angaben behält sich der Auftraggeber vor, die Referenz von der Wertung auszuschließen.

4. Sollten mehrere Bewerber die gleiche Punktzahl erhalten, behält sich der Auftraggeber vor, die abschließende Auswahl und Reduzierung des Bewerberkreises durch Los-Verfahren herbeizuführen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen
Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Geplante Termine zur Präsentation des Angebots 10./11.05.2023

Weitere Informationen siehe EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit dem Teilnahmeantrag sind zur Prüfung folgende Erklärungen/Unterlagen einzureichen:

1.1.1 Nachweis über die Berechtigung, die Berufsbezeichnung Bauingenieur /Landschaftsarchitekt/Umweltingenieur zu tragen oder in Deutschland unter dieser Bezeichnung tätig zu werden gemäß § 44 VgV

1.1.2. Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 12 Monate bezogen auf den Ablauf der Teilnahmefrist, beizubringen.

1.1.3 Angabe des Bewerbers (Einzelbewerbung) mit Name, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/ Faxnummer und E-Mail-Adresse

1.1.4 Angabe im Falle der Bewerbung als Bewerbergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft (nachfolgend BG/ARGE), sämtliche Mitglieder der BG/ARGE mit Name, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/ Faxnummer und E-Mail-Adresse

1.1.5 Im Falle der Bewerbung als BG/ARGE sind mit dem Teilnahmeantrag alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft zu benennen,

a) in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,

b) in der alle Mitglieder aufgeführt sind und in der die/der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter/in bezeichnet ist,

c) dass die/der bevollmächtigte Vertreter/in die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,

d) dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

1.1.6 Im Fall der Einbindung von Unterauftragnehmern ist eine Erklärung zum vorgesehenen Unterauftragnehmereinsatz zu Art und Umfang der Teilleistung vorzulegen.

1.1.7 Im Fall einer Einbindung von Unterauftragnehmern ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers vorzulegen, dem Bewerber im Auftragsfall die erforderlichen Mittel bzw. Leistungen zur Verfügung zu stellen.

1.1.8 Im Fall der Eignungsleihe ist eine Erklärung zur Angabe der überlassenen Kapazität vorzulegen.

1.1.9 Im Fall der Eignungsleihe ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Verpflichtungserklärung des Eignungsgebers vorzulegen, dem Bewerber im Auftragsfall die überlassenen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

1.1.10 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusskriterien gemäß § 123 GWB

1.1.11 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusskriterien gemäß § 124 GWB

1.1.12 Ggf. Erklärung über eine Selbstreinigung gemäß § 125 GWB

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Mit dem Teilnahmeantrag sind zur Prüfung folgende Erklärungen/Unterlagen einzureichen:

1.2.1 Nachweis einer bestehenden Haftpflichtversicherung gemäß 45 (4) Nr. 2 VgV mit folgenden Haftungssummen (Mindestanforderung):

- mindestens 1,5 Mio. EUR für Personenschäden
- mindestens 3,0 Mio. EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden)

Die Ersatzleistungen der Versicherung muss mindestens das Zweifache der genannten Deckungssumme pro Jahr betragen. Der Nachweis ist durch verbindliche Deckungsbestätigung oder rechtsverbindliche Erklärung der Versicherungsgesellschaft oder durch einen Versicherungsmakler für den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfall beizubringen. Die Erklärung oder der Nachweis darf nicht älter als 12 Monate bezogen auf den Ablauf der Teilnahmefrist sein und muss der Bewerbung beigelegt werden.

Bei BG/ARGE muss die Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen.

1.2.2 Mindestjahresumsatz des Unternehmens gemäß § 45 (4) Nr. 4 VgV jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags. Der Bewerber muss mindestens folgende Umsätze aufweisen: 200.000 € brutto

Bei BG/ARGE ist der Gesamtumsatz für jedes Mitglied der BG/ARGE einzeln und für die BG /ARGE insgesamt darzustellen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

§ 46 (3) Nr. 2 VgV

Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, inkl. beruflicher Befähigung.

Der Bewerber muss mindestens folgende Befähigung aufweisen (hier nur der Projektleiter): Abgeschlossene Ausbildung als Bauingenieur/Landschaftsarchitekt/Umweltingenieur oder vergleichbar und mindestens fünf Jahre Berufserfahrung.

Angaben zum Projektleiter:

- berufliche Befähigung
- persönliche vergleichbare Referenzen des Projektleiters (maximal drei aus der Eigenerklärung zur Eignung werden gewertet) im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen:

Objektplanungen von Hochwasserretentionsmaßnahmen (LPH 1 bis 9 Ingenieurbauwerke)
Die Leistungen müssen zwischen dem 01.02.2013 und dem 31.01.2023 abgeschlossen worden sein.

Für jedes Referenzprojekt sind mindestens folgende Informationen anzugeben:

- Name des Projektleiters
- Projektbezeichnung
- Benennung des Auftraggebers mit Name, Anschrift, Ansprechpartner und Telefonnummer
- Kurze Beschreibung des Projektes
- Projektzeitraum
- Baukosten
- Speichervolumen
- Umfang der erbrachten Leistungsphasen
- Umfang der erbrachten weiteren Leistungen

Siehe Formular Referenzdatenblatt und Bewertungsmatrix Teilnahmeantrag.

§ 46 (3) Nr. 1 VgV

Ausführungen von Leistungen in den letzten zehn Jahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Angaben zum Bewerber:

- berufliche Befähigung
- vergleichbare Referenzen des Bewerbers (maximal drei aus der Eigenerklärung zur Eignung werden gewertet) im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen:

Objektplanungen von Hochwasserretentionsmaßnahmen (LPH 1 bis 9 Ingenieurbauwerke)
Die Leistungen müssen zwischen dem 01.02.2013 und dem 31.01.2023 abgeschlossen worden sein.

Für jedes Referenzprojekt sind mindestens folgende Informationen anzugeben:

- Name des Bewerbers
- Projektbezeichnung
- Benennung des Auftraggebers mit Name, Anschrift, Ansprechpartner und Telefonnummer
- Kurze Beschreibung des Projektes
- Projektzeitraum
- Baukosten
- Speichervolumen
- Umfang der erbrachten Leistungsphasen
- Umfang der erbrachten weiteren Leistungen

Siehe Formular Referenzdatenblatt und Bewertungsmatrix Teilnahmeantrag.

Der Bewerber muss mindestens folgende Leistungen erbracht haben (Mindestkriterium):

Eine vergleichbare Planung einer Hochwasserretentionsmaßnahme mit einem Speichervolumen von $\geq 100.000 \text{ m}^3$ (Objektplanung Ingenieurbauwerke LPH 3, 5 und 8) und einen Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) sowie eine Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) je für eine Fläche $\geq 50 \text{ ha}$ (Der LBP und die UVS können für den Nachweis des Mindeststandards für andere Projekte erbracht worden sein).

- Nachweis gemäß § 46 (3) Nr. 3 VgV: Maßnahmen des Bewerbers, zur Gewährleistung der Qualität und seiner Untersuchungsmöglichkeiten. Der Bewerber muss mindestens über ein Qualitätsmanagementsystem (Zertifizierung nicht erforderlich) verfügen.

- Nachweise gemäß § 46 (3) Nr. 6 VgV: Leistungsfähigkeit der Führungskräfte des Unternehmens, die die technische Leitung innehaben inkl. berufliche Befähigung
Der Bewerber muss mindestens folgende Befähigung aufweisen: Abgeschlossene Ausbildung als Bauingenieur/Landschaftsarchitekt/Umweltingenieur oder vergleichbar und mindestens fünf Jahre Berufserfahrung

- Nachweis gemäß § 46 (3) Nr. 8 VgV: Durchschnittliche jährliche Beschäftigungszahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren

§ 46 (3) Nr. 10 VgV: Teil des Auftrages, der unter Umständen an Unterauftragnehmer vom Bewerber vergeben werden sollen. Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn die von ihm benannten Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

§ 75 VgV

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Zwingende Ausschlussgründe § 123 (1) Nr. 1 bis 10 GWB und 123 (4) GWB sowie Fakultative Ausschlussgründe § 124 (1) Nr. 2 GWB

Näheres siehe Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb (Interessensbestätigung).

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 20/02/2023 Ortszeit: 11:00

IV.2.3.

Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 27/03/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können
Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/07/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Anfragen zum Verfahren nur über die genannte Vergabeplattform (siehe auch Punkt I.3) bis zum 10.02.2023.

Wichtiger Hinweis: Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich über die entsprechende Funktion der Vergabeplattform einzureichen. Hierzu ist ausreichend Zeit einzuplanen. Bitte senden Sie Ihren Teilnahmeantrag keinesfalls schriftlich, per E-Mail oder über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform.

Sollten Probleme beim Hochladen des Teilnahmeantrages auftreten, wenden Sie sich bitte umgehend an den Betreiber der Vergabeplattform, protokollieren Sie dies und informieren Sie zusätzlich die Vergabestelle.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telefon: +49 4131153306

Fax: +49 4131152943

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gem. § 160 Gesetz Abs 1. GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gem. § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsvertrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung

erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

16/01/2023